

Saale-Beitung.

Stechenbühlzweiter Jahrgang.

Anzeigen

Werben die Expeditions-Kolonne
oder deren Mann mit 20 Pfg., solche
mit 20 Pfg., besetzt und in
unseren Anzeigenstellen und alten
Anzeigen-Expeditionen angenommen.
Klammern die Zeit 75 Pfg. für Halle,
auswärts 1 Mk.

Erbsicht täglich neuzeitl.
Sonntag und Montag extra.

Redaktion und Druck-Verlag
Halle, Gr. Brauerstraße 17
Verlagsdirektion: Markt 24

Bezugspreis
Der Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Anstellung 2.50 Mk., durch die Post
1.25 Mk., einjährig 10.00 Mk.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Der amtlichen Zeitung-Bezugsliste
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für übermäßig eingehende Anzeigen
nach Vereinbarung.
Hochdruck nur mit Quellsenangebe
„Saale-Beitung“ gestattet.
Verantwortlicher Redakteur Nr. 1140;
der Anzeigen-Verwaltung Nr. 170; des
Abonnement-Verwaltung Nr. 1133

Nr. 597.

Halle, Sonntag, den 21. Dezember

1913.

Auswärtige Politik 1913.

Von Dr. Josef Bayer.

Nicht allein den Abergläubigen, die von der Anglistik-
jaß Dreizehn schlimme Dinge für die Schicksale der Völker
ermarten, hat das nun zu Ende gehende Jahr eine an-
genehme Enttäuschung gebracht. Auch die Diplo-
maten und die ernsthaften politischen Kreise, die die Ereig-
nisse nach dem Geleß von Ursache und Wirkung beurteilen,
vergelten mit einer Genugtuung, in die sich einige Ver-
wunderung mischt, die Tatsache, daß das abgelaufene Jahr
im großen Ganzen die Liquidation der euro-
päischen Türkei durchgeführt hat, ohne daß es zu
einem Weltkrieg gekommen ist. Daß es so kommen
wurde, ist während der ganzen ersten Hälfte des Jahres bis
zum Frieden von Bukarest und noch einige Zeit nachher
durchaus zweifelhaft gewesen und die Veröffentlichungen
der allerjüngsten Zeit über die Geheimverträge des Balkan-
bundes und die Rolle, die Rußland dabei spielte, haben uns
klar gemacht, daß die Gefahr eines großen Krieges während
der ganzen Entfaltung der beiden Balkankriege wiederholt
viel größer und näher gewesen ist, als die Öffentlichkeit
ahnte. Heute sind wir, merkwürdig schnell, über alle diese
Streitigkeiten hinausgekommen, nehmen, ob mit Recht, muß
sich erst noch zeigen, die in der ehemaligen europäischen Tür-
kei geschaffenen Zustände schon als ein Definitives an und
beschäftigen uns schon mehr mit andersartigen Problemen,
die von neuen Konstellationen ausgehen.

Wir erinnern uns kaum mehr daran, wieviel an uns
in dieser kurzen Zeit vorübergegangen ist. Der erste Monat
des Jahres war noch ganz von den Verhandlungen erfüllt,
durch die die Florie zum freiwilligen Verzicht auf das noch
unbezugene Adrianopol genötigt werden sollte, und er
brachte noch den Umsturz in Konstantinopel, der an die
Stelle des Rabinets Kiamil die Regierung Mahmud Schew-
ket setzte. Anfang Februar folgte dann die Sprengung der
Londoner Friedenskonferenz und der Beginn des zweiten
Teiles des ersten Balkankrieges. Dieser brachte
den Türken freilich keine Vorteile und führte nach ergebnis-
losen Kämpfen bei Tschataldja und Bulair und nachdem
Janina, Adrianopol und zuletzt Stutari gefallen waren, erst
am 30. Mai zu dem Londoner Frieden, durch den
die Würtung des größten Teiles der europäischen Türkei
an die Balkanverbündeten befestigt wurde. Der nämlliche
Friedensvertrag legte einige Bestimmungen über die Ange-
legenheiten fest, über die sich die Mächte auf der Vorkonferenz-
Konferenz geeinigt hatten, und die Albanien und die
Aegeischen Inseln angingen. Inzwischen wurden die Mon-
tegriner aus Stutari vertrieben, die Festung in interna-
tionale Verwaltung genommen. Es folgten die Streitig-
keiten zwischen Bulgarien und Rumänien über Silistria, und
der noch größere Zwist zwischen Bulgaren, Griechen und
Serben über die Aufteilung der eroberten Länder, und das
Hin und Her über den russischen Schiedsspruch, bis plötzlich
der bulgarische Angriff den zweiten Balkankrieg
entzündete. Zwei Wochen genühten, um die Bulgaren, die
als der heftigste und angeheftete der Balkanstaaten aus dem
ersten Krieg hervorgegangen waren, völlig niederzuwerfen,
und die unglückliche Folge für Bulgarien wurde noch durch
die glänzend verlaufene Mobilisierung Rumäniens, das ohne
Schmerzstreich nach Bulgarien einmarschierte, vergrößert.
Rumänien konnte die Schiedsrichterrolle auf dem Balkan
übernehmen und führte sie glänzend durch. Schon am
10. August wurde der Bukarest-Friede unterzeichnet,
der die heute gültige Besitzverteilung und die jetzigen Nach-
verhältnisse auf dem Balkan festlegte. Dann gab es noch
das kurze, aber dramatische Intermezzo, bei dem Oesterreich
und Rußland, natürlich getrennt von einander, die Revision
des Bukarest-Friedens forderten, um Bulgarien wenigstens
den Hofen von Kowalla zu retten, aber auf den Widerstand
ihrer eigenen Verbündeten stießen, denn Deutschland wider-
sprach aus Rücksicht auf Rumänien Frankreich um der
Freundschaft mit Griechenland willen. Es gab noch eine an-
dere Überraschung: die Ausnützung der bulgarischen Schwie-
rigkeiten durch die Türkei und die Rückeroberung von Adria-
nopol durch Enver Bey. Dies Ereignis brachte nochmals
gewaltige Aufregung, da angenommen wurde, daß Rußland
die dauernde Wiederbesetzung der Festung durch die Türkei
unter keinen Umständen dulden und eventuell in Armenien
einmarschieren werde. Aber es kam anders, und der türki-
sch-bulgarische Friedensvertrag, der im Oktober abgeschlossen
wurde, besiegelte die Abänderung der in London beschlossenen
Grenzlinie zugunsten der Türkei. Nach einiger Er-
regung und mannigfachen Schwierigkeiten kam dann auch im
November der Friedensvertrag zwischen der Türkei und
Griechenland zustande.

Man muß sich tatsächlich diesen dramatischen Verlauf der
Dinge etwas ins Gedächtnis zurückrufen, um klar darüber zu
werden, wie wenige Wochen erst alle diese Dinge, in denen
immer wieder die Reime großer europäischer Zerwürfnisse
lagen, hinter uns liegen. Hat man doch sogar bei
den letzten Etatsdebatten im Reichstag kaum mehr davon
gesprochen und sich mit der Erklärung des Kanzlers, daß in

absehbarer Zeit ein Konflikt zwischen den Großmächten wegen
der Zukunft der asiatischen Türkei nicht zu befürchten sei, be-
gnügt. Auch die Episode bei dem Berliner Besuch des
Königs Konstantin von Griechenland, dessen Rede zum Lobe
der deutschen militärischen Schulung in Frankreich so viel
böses Blut machte, ist schon wieder vergessen. Eingehender
ist die Disfussion in den österreichisch-ungarischen Dele-
gationen, denn die Balkankrise mit ihren Monate andauern-
den Mobilisierungen und Referenzen-Einziehungen hat tief
in das wirtschaftliche Leben der Nation eingegriffen; die
entstandenen Kosten für die Kräfte des Landes gewaltig
und der sichtbare Gewinn für das Volk, das so viele Orient-
räume plötzlich begraben sieht, wirklich gering. Aber man
sollte auch dort nicht vergessen, daß die Durchziehung des
selbständigen Albanien und der Abdrängung der
Serben von der Adria ein tatsächlicher Erfolg der öster-
reichischen Politik gewesen sind, und man kann nicht daran
vorübergehen, mag dies nun ein Verdienst der leitenden
Staatsmänner sein oder nicht, daß die Zertrümmerung
des Balkanbundes, die der zweite Krieg zur Folge
gehabt hat, ein für Oesterreich sehr wichtiges und will-
kommenes Ereignis gewesen ist. Die Entfaltungen der letzten
Zeit haben es gerade über jeden Zweifel klargestellt, daß
dieser mit russischer Unterstützung seinerzeit ins Leben ge-
rufene Bund seine eigentliche Spitze überhaupt mehr gegen
Oesterreich als gegen die Türkei gerichtet hatte. Der Verlauf
der Dinge ist also auch ein Mißerfolg der russischen
Politik gewesen, so angenehm es auch heute den Russen
sein mag, daß kein übermächtiges Bulgarien seinen Zielen
hindernd im Wege steht. Die Erkenntnis der aggressiven
Tendenzen der Politik Rußlands ist es dann auch gewesen,
die den Anstoß zur großen Heeresvermehrung in
Deutschland gab, mit der das Milliardenpaar ver-
bunden ist. Heute ist es fraglich, ob die Argumente des
Kanzlers von der panlawischen Gefahr noch von derselben
Durchschlagkraft wären, wie damals vor dem zweiten Bal-
kankrieg.

An die finanzielle Nachwirkung der Krise werden wir
noch lange zu denken haben. Erstreckter ist eine andere
Wirkung, die betont werden muß: die Festigung des
Dreibundes. Das durch keine Mißbilligkeit gestörte
Zusammenwirken Oesterreichs und Italiens in der albanischen
Frage, das heute noch andauert, hat diese unsere beiden Ver-
bündeten, zwischen denen immer Mißtrauen herrschte, ein-
ander um vieles näher gebracht. Die Gemeinsamkeit der
Interessen beider Nationen in der Adria und im Mittel-
meer tritt immer klarer zutage und es ist auch eine erfreu-
liche Erscheinung, daß die vermehrte Seegelung der beiden
Mächte im Mittelmeer auch in England nicht mit unfreund-
lichen Augen betrachtet wird. So intim auch die englisch-
französischen Beziehungen sein mögen, so ist es selbstverständ-
lich nicht im englischen Interesse gelegen, das große Mittel-
stück des Seewegs nach Indien zu einem französischen See-
werden zu lassen. Die Lebensart von der „Politik des
Gleichgewichts“ findet hier eine durchaus gesunde und prak-
tische Anwendung.

In manchen politischen Kreisen Deutschlands besteht ein
gewisses traditionelles Mißtrauen gegen die Politik Eng-
lands, das noch heute besonders von der reaktionären Presse
genährt wird und daß sich auch gegenüber der jetzt offen-
sichtlich zutage tretenden deutsch-englischen An-
näherung geltend macht. Man sollte mit diesem Miß-
trauen endlich einmal aufzuräumen, nachdem sich das Zu-
sammengehen zwischen Deutschen und Engländern als der
wesentlichste friedenfördernde Faktor während der ganzen
Balkankrise erwiesen hat. Die diplomatischen Vorgänge dieser
Epöche haben den beiden Regierungen offenbar Gelegenheit
gegeben, sich ein wenig ins Herz zu setzen und daraus ist die
Stimmung entstanden, die den vor dem Abschluß stehenden
Verhandlungen über die gegenfeitigen Interessen in Vorder-
asien und Zentralafrika förderlich gewesen ist. So wenig der
Reichskanzler in seiner letzten Etatsrede auch gesagt hat, so
hat er doch hervorgehoben, daß Deutschland und England
vor allem anderen in einem der wichtigsten Ziele der äußeren
Politik von heute, der Erhaltung der asiatischen
Türkei, durchaus einig sind. Ein billiger Ausgleich in
der Bagdadbahnfrage scheint geschaffen zu sein und wenn
die Abmahnung über Abgrenzung der beiderseitigen wirtschaft-
lichen Interessen in Afrika gelingt, so ist nicht abzusehen,
warum nicht ein dauerndes Vertrauensverhältnis zwischen
den beiden Staaten möglich sein sollte, die mehr als alle
anderen tatsächlich das Interesse an der Erhaltung des
Friedens haben. Die Beteiligung Englands an dem Triple-
Entente-Protekt gegen die deutsche Militärmission in Kon-
stantinopel soll uns in dieser Zuerst nicht irre machen;
das ist eine sehr platonische Kundgebung gewesen. Bei den
gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über die
künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhält-
nisse in Kleinasien, an denen auch Frankreich und
Rußland beteiligt ist, haben Deutschland und England reich-
lich Gelegenheit, ihre, dem Fortbestand der türkischen Herr-
schaft wohlwollende Politik zur Geltung zu bringen.
Dies gilt auch in der Frage der armenischen Rejorm,
die dringend der Lösung bedürftig ist. Deutschland hat hier
wegen der Nähe Armeniens zu dem von der Bagdadbahn

durchzogenen Gebiete neben Rußland die Führung über-
nommen, aber es scheint doch fraglich, ob nicht ohne Schaden
für das erstrebte Ziel von den von Rußland vertretenen
jährlichen Kontrollforderungen Einiges nachgelassen werden
kann. Die türkischen Staatsmänner sind schon in ihrem
eigenen Interesse darauf angewiesen, ernste Arbeit dort zu
machen, denn sie wissen wohl, daß die asiatische Türkei das
große Fragezeichen der Zukunft bleibt.

Neben diesen Gestaltungen und Entwicklungen kommt,
was das abgelaufene Jahr sonst an bemerkenswerten Ver-
änderungen gebracht, erst in zweiter Linie in Betracht. Die
mexikanische Krise, die noch der Lösung harret, regt
uns in Europa nur noch soweit auf, als der Schutz unserer
eigenen Staatsangehörigen in Frage kommt. An eine ent-
scheidende Stellungnahme gegen die Politik der Union denkt
bei uns niemand mehr, umsoher als wir sonst vor dem
Regiment des Präsidenten Wilson, der mit großer Energie
die wichtige Tarifierrevision durchgeführt, den größten
Respekt haben. In diese Stimmung mischt sich Bedauern,
daß eine würdige deutsche Vertretung auf der Ausstellung
in San Francisco, die unserm Ansehen drüben sehr genützt
hätte, an dem bekannten kurzfristigen Widerstande gescheitert
ist. Die Ereignisse in China, das durch den unglücklichen
Mongolei-Vertrag mit Rußland sich der tatsächlichen Herr-
schaft über ein großes Gebiet begeben hat, sehen noch im
Zuge. Wenn die Kraftvolle, aber doch gefährliche Politik,
die der Präsident Quansai jetzt verfolgt, fehlschlägt, könnte
leicht das Problem der Aufstellung des Reiches in Interessens-
sphären sich von neuem erheben. Das wäre durchaus nicht im
Interesse der deutschen Politik gelegen, deren Ziele bei Auf-
rechterhaltung der offenen Tür am besten gewahrt sind. Der
Sturz des liberalen Regiments in Spanien berührt uns
weniger, als die intime Annäherung an Frankreich, die sich
im Anschluß an den Ende vorigen Jahres abgeschlossenen
spanisch-französischen Marocco-Vertrag eingestellt hat. Aber
die Veräufung, welche hierdurch den Mächten des Dreiver-
bundes erwächst, verliert etwas an Gewicht in dem Augen-
blick, in dem die Schärfe des Gegenjahren zwischen
den beiden Mächtegruppen erheblich nach-
gelassen zu haben scheint. Bei all den vielen Gefahren-
quellen, die noch vorhanden sind, ist auch diese Wahrnehmung
eine der fröhlicheren Hinterlassenschaften dieses bewegten
Jahres, dessen Ende besser war als sein Anfang.

Die Tragödie des Reichstagsabgeordneten.

Posen, 20. Dezember.

Heute früh um 4 Uhr wurden, wie uns gemeldet wird,
im Schloß Danow-Wolke die Besitzerin der Majoratsherr-
schaft, die Gräfin von Mielczynska, geborene Gräfin
von Potocka, und ihr Neffe, der 24 Jahre alte künftige
Majoratsbesitzer des Gutes Bendowo bei Stenäjowo Graf
Alexand von Miantczynski, erschossen aufge-
funden. Die Gesellschafterin der Gräfin war verun-
det. Die Gräfin ist gestern in Posen gewesen und erst heute früh
um 2 Uhr auf ihr Gut zurückgekehrt. Die Blutspuren haben
sich aufeinander zwischen 2 und 4 Uhr abgespielt. Auf dem
Schloß befanden sich außer dem Neffen noch zahlreiche Jagd-
gäste, denn es war für Sonnabend Jagd angelegt. Der
Graf und die Gräfin lebten erst seit einem Jahre wieder zu-
sammen. Sie lebten vorher getrennt. Erst nachdem die
Gräfin dieses Gut erbt — das Gut gehört der Gräfin,
nicht dem Grafen — lebten beide wieder zusammen. Die
polnischen Zeitungen in Posen verbreiteten über die Tat
Extrablätter.

Graf Matthias v. Brudgemo Mielczynski, Ritterguts-
besitzer auf Schloß Chobinowice bei Bentken, wurde am
13. Oktober 1869 in Posen geboren. Er besuchte die Gym-
nasien in Berlin, Schneidemühl und Bissa (Posen). Nach
zweijährigem akademischem Studium widmete er sich der
Kunstmalerie in München, wurde dann aktiver Offizier im
Reisbataillon Nr. 1 und nahm 1897 seinen Abschied.
Seit dieser Zeit war er als Landwirt tätig. Mitglied des
Reichstages ist er seit 1903. Sein Wahlkreis ist der 2. Reg.-
Bez. Posen (Samter-Birnbaum-Dobornitz). Graf Mielczynski
wurde im Herbst 1909 zu 150 Mark Geldstrafe wegen Auf-
regung verurteilt, weil er in einer Rede über das Wohn-
stättengesetz die Aueferung getan hatte, die Polen würden
von den Deutschen wie Bestien und wilde Tiere behandelt.
Der zweite Posener Wahlkreis Samter-Birnbaum-
Dobornitz, den Graf Mielczynski im Reichstage vertritt, ist
seit 1874 stets im Besitz der Polen gewesen. In den kon-
stituierenden und in den Norddeutschen Reichstag entsandene
der Kreis den Altliberalen Herrn Theodor von Bethmann
Hollweg, Rittergutsbesitzer auf Runato im Kreise Wirthe.

Selbsttötung des Grafen.

Posen, 20. Dezember.

Graf Mielczynski, der heute nach seine Frau und deren
Neffen erschossen hat, hat sich im Laufe des Tages selbst
der Staatsanwaltschaft gestellt. Ueber die
Gründe seiner Tat weiß man bisher noch nichts Sicheres;

man sagt, Familiengewissigkeiten hätten die Tragödie veranlaßt.

Russische Getreidezölle gegen Deutschland.

Aus Petersburg wird berichtet: Der Handelsminister hat dem Ministerrat folgende Gelegenheitsurteile vorgelegt: Erstens einen Entwurf betr. die Anfertigung eines Zolles auf ausländische Getreide, das nach Russland eingeführt wird, und zwar in Höhe von 4,50 Mk. für 100 Rüb. brutto auf Roggen, Gerste, Weizen und Buchweizen in Körnern, sowie Erbsen und Speltz; von 6,50 Mk. auf dieselben Getreidearten in Mehlform. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieses Gelegenheitsurteils ist noch nicht festgelegt. Zweitens einen Entwurf über die Befreiung von Getreide in Röhren, außer Reis, Erbsen und Bohnen, die nach Russland eingeführt werden, und zwar in Höhe von 30 Kopfen für das Rüb. brutto. Die unverzügliche Einführung dieser Maßnahmen ist wünschenswert, denn das System der verschleierten Ausfuhrprämien, wie es in Deutschland üblich ist, hindert die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Die Lage wird sich verschärfen, sobald Russland seine Anbaufläche vergrößern und in der Feldkultur vorbildlichere Methoden anwenden wird.

Das System der verschleierten Ausfuhrprämien, gegen das sich viele russische Zölle richten, sind unsere Einfuhrzölle. Durch die Einfuhrzölle ist der Anreiz zum Export von Roggen aus dem deutschen Osten nach Russland sehr stark. Es wurden z. B. im Jahre 1912 118.960 Tonnen (1911 146.693 Tonnen) Roggen aus Deutschland nach Russland exportiert. Das Einfuhrzölleystem hat auch schon von amerikanischer Seite zu Zollrepräsentanten gegen Deutschland geführt. Außerdem führen die Einfuhrzölle, die in ihrer gegenwärtigen Form den Charakter einer agrarischen Liebesgabe haben, die Einnahmen der deutschen Reichskasse jährlich um viele Millionen Mark. Neben der Einführung von Getreidezöllen hat Russland, wie bekannt, auch mit der Sperre der Landarbeiterswanderung als Abwehr gegen das Einfuhrzölleystem gedroht. So sehen sich allmählich die internationalen Folgen des Einfuhrzölleystems gegen seine Küntiker in Deutschland.

Die Lage der italienischen Staatsfinanzen.

Rom, 20. Dez. In der Deputiertenkammer gab Schaminister Tedesco einen Ueberblick über die Lage der Staatsfinanzen. Das am 30. Juni 1913 zu Ende gegangene Finanzjahr hatte einen Ueberfluß von 111 Millionen Lire ergeben. Davon wurden 4 Millionen zur Verrechnung der Staatsanleihen, 12 zum Bau von Regierungsgebäuden in Rom, 42 zur Wiedererrichtung eines Teiles der vom Schagamt vorgeschlagenen Mittel für die Expedition in Libyen, 63 zur Beschleunigung des Kriegsschiffbaus bestimmt. Dieser Ueberfluß war der höchste bisher erzielte und überstieg den von Anfang an erwarteten Ueberfluß von 100 Millionen. Für das laufende Finanzjahr ist nach Abschreibung aller ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, unter denen sich 36 Millionen für Libyen befinden, ein Ueberfluß von 35 Millionen Lire vorgesehen, der sich voraussichtlich noch höher gestalten wird, da die Einnahmen sehr vorläufig noch durch den Voranschlag für das Jahr 1914/15, der u. a. für Libyen Ausgaben von 45 Millionen Lire vorsieht, sinkt ab mit einem Ueberfluß von 23½ Millionen, obwohl die Einnahmen nicht höher veranschlagt wurden, als für das laufende Jahr.

Der Außenhandel Italiens hat in den ersten elf Monaten des Jahres 1913 die Höhe von 5516 Millionen Lire erreicht. Die Ausfuhr allein weist eine Zunahme um 44 Millionen Lire auf. Die Statistik der Häfen zeigt eine Vermehrung des Verkehrs um 2½ Millionen Tonnen und 100.000 Passagiere. Die Konzeptionen für die Staatseinnahmen an öffentlichen Gewässern sind in solcher Zunahme begriffen. Die Eisen- und Stahlproduktion ist im Jahre 1912 auf 320 Millionen gestiegen. 61 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Eisenbahnneubauten des Jahres 1912/13 haben die des Vorjahres um 26 Millionen Lire überstiegen.

Die Sparkasseneinlagen in laufender Rechnung und in verzinslichen Fonds haben am 30. Juni 1913 die Summe von 7221 Millionen Lire erreicht, was in sechs Monaten eine Zunahme um 127 Millionen bedeutet.

Der Kurs der Hypothek. Rente hat in seiner Höhe wie in seiner Stabilität sich außerordentlich widerstandsfähig erwiesen. Das Ageo des Wechselkurses, das zu Ende des Jahres 1911 bei Beginn des italienisch-türkischen Konfliktes 1 Proz. betragen hatte und dann mit verschiedenen Schwankungen bis zur Höhe von 2,97 Proz. in Mailand im Juli 1913 gestiegen war, ist seit einiger Zeit auf 0,65 zurückgegangen und in der ersten Hälfte des laufenden Monats bis auf 0,35. Nachdem der Minister noch auf die günstige Lage der drei Emissionsbanken und der Depositionskasse hingewiesen hatte, kam er auf die Staatsausgaben zu sprechen, die in den letzten Jahren um 1770 Millionen Lire gewachsen sind, die aber trotzdem in einer weit höheren Zunahme der Einnahmen ihre Deckung fanden, wie die Ueberflüsse der verschiedenen Etatsjahre beweisen. Die für öffentliche Arbeiten ausgeworfene Summe belief sich am 31. Oktober auf 727 Millionen, wobei alle diejenigen Arbeiten gerechnet sind, die sich im Stadium der Ausschreibung, der Ausführung oder der Abrechnung befinden. Für die nächsten sechs Jahre ist eine Summe von 900 Millionen Lire für öffentliche Arbeiten vorgesehen, wobei die Subventionen zur Ermöglichung und Ergänzung der Privatinitiative auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Kleinbahnbaus, des Automobilverkehrs und der Schiffahrt nicht eingerechnet sind.

Hierauf kündigte der Minister verschiedene Maßregeln zugunsten der Mittelklassen, des Ackerbaues und der Industrie, sowie zur Verstärkung der nationalen Kreditwirkung an.

Dem Verlangen nach einer großen Kreditoperation.

Das mit Rücksicht auf die günstigen Emissionsbedingungen der italienischen Rente erhoben werde, könne die Regierung teine Beschränkung tragen. Man wisse, daß das Land innerhalb zweier Jahre in verschiedenen Kreditformen schon eine Milliarde gewonnen habe und daß die Lage des internationalen Geldmarktes zur Verfüge mache. Die Regierung werde ihre Kreditforderungen wie bisher streng nach den Bedürfnissen richten. Letztlich seien für die Unternehmung

in Libyen nur etwa 400 Millionen Lire auf Anleihe genommen worden, während die Regierung nach den bewilligten Krediten bis 1914/15 für Eisenbahnausgaben 470 Millionen Lire hätte fordern können, sei sie in der Lage gewesen, ihre Forderung auf 290 Millionen zu reduzieren. Das neue Flottenbauprogramm schießt sich in seiner Form wie hinsichtlich der erforderlichen Mittel an die bisherigen vom Lande freiwillig begründeten Programme an. Was die Erhaltung anbelangt, die ihrer Natur nach keine Unterbrechung zulassen, so will die Regierung die im vergangenen Sommer vom Ministerpräsidenten angekündigten Vorläufe ausführen. Die ordentlichen Ausgaben, die mit dem 1. Juli 1913 von 80 auf 90 Millionen Lire gebracht werden, würden sich jährlich um 10 Millionen erhöhen, so daß im Jahre 1917/18 die Normalhöhe von 120 Millionen Lire erreicht wäre, die jedes Jahr den Bau eines großen Schlachtschiffes und der entsprechenden Hilfskräfte gestatten. Die seit 1908 für außerordentliche militärische Ausgaben bewilligten Fonds gestatten noch die Einföhrung von 116 Millionen Lire in drei aufeinanderfolgenden Jahren von 1914/15 ab. Inzwischen sind neue Bedürfnisse herorgetreten, z. B. für eine Vermehrung der Zufflötte und die Verteidigung der Land- und Seeregrenzen. Es soll der Versuch gemacht werden, die neuen außerordentlichen Ausgaben auf verschiedene Jahre zu verteilen und sie in Grenzen zu halten, die dem Durchschnitt der letzten fünfjährigen Periode entsprechen. Die Einführung neuer Staatsmonopole soll ebenso wie jede Befähigung der Industrie und jede Störung der Produktionskraft des Landes vermieden werden.

Deutsches Reich.

Eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen zum Wehrbeitrag.

Die Kölner Handelskammer beschloß die Verlängerung der Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen zum Wehrbeitrag zu beantragen. Freiherr von Oppenheim erklärte, daß es kleineren Bankgeschäften gar nicht möglich sei werde, die Auszüge für die Wehrsteuererhebung rechtzeitig fertigzustellen. Ein Regierungsvertreter, der sich bei seiner Wort ab unterrichten wollen, habe sich dem nicht verschließen können. Es soll eine Hinausschiebung des Termins bis zum 15. Februar nachgeschickt werden. Telegraphisch soll der Ausschuß des Deutschen Handelstages am Unterföhrung erucht werden. — Weiterhin wurde angeregt, die Handelskammern in Rheinland und Westfalen zu eruchen, wie in Köln Stellennachweise für kaufmännische Angestellte zu errichten, um Angebot und Nachfrage besser als bisher regeln zu können. Eine Kommission zur Weiterverfolgung der Angelegenheit ist eingesetzt.

Eine Verschiebung in der Bestellung hoher Beamtenstellen?

Wie verlautet, soll der Regierungspräsident von Gumbinnen Dr. Gramsch an die Stelle des Landeshauptmanns v. Berg treten, während dieser als Oberpräsident an Stelle des Herrn v. Windheim ausereisen sei. Herr v. Windheim käme für einen Posten in Berlin in Betracht, und zwar vermuthlich als königlicher Hausminister, wogegen Regierungspräsident Dr. Gramsch durch den Polizeipräsidenten von Berlin-Schöneberg Herr v. Lüdinghausen ersetzt werden soll.

Auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung der Nahrungs- mittelversorgung werden die Schritte Schritt um Schritt weiter gedrängt. Der Stadtrat in Karlsruhe hat vorläufiglich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschloffen, an der Grün- und einer Gesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb einer Molkereifabrik durch Uebernahme von Geschäftsanteilen in Höhe von 65.000 Mk. zu beteiligen.

Die Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Wöhlung vom 1. Dezember 1913 wird voraussichtlich Anfang Februar 1914 erfolgen, vorausgesetzt, daß die Bundesstaaten den ihnen gestellten Termin, die vorläufigen Ergebnisse bis zum 15. Januar 1914 einzulenden, tatsächlich innehalten.

Antisemitent und Handelshochschule. In der letzten Leipziger Stadtverordnetenversammlung stellte der antisemitische Stadtverordnete Professor Bennen die Behauptung auf, der Rückgang des Besudes der Leipziger Handelshochschule sei nur dadurch zu erklären, daß an leitender Stelle der Handelshochschule zwei Professoren tätig seien, die „nicht deutscher, sondern jüdischer Abstammung seien. Bennen wies darauf hin, daß die beiden leitenden Handelshochschulrektoren untereinander das Höchste kommen getrieben hätten, in Leipzig nicht weiter zu studieren und die Handelshochschule in Leipzig zu verlassen oder ihr fernzubleiben. Diese Behauptung hat in dem Senat der Handelshochschule große Entrüstung hervorgerufen. Jetzt veröffentlicht die Vertretung der deutschen Studentenschaft der Leipziger Handelshochschule eine Erklärung, die die Angriffe des Antisemiten Bennen in scharfer Form zurückweist und den Rückgang der Leipziger Handelshochschule aus anderen Ursachen erklärt.

Deutschlands Flotte bei der Gründung des Panama-Kanals. Wie bei der Gründung des deutschen Kaiser-Wilhelmkanals werden auch bei der Gründung des Panama-Kanals die Flottenmächtige durch Schiffe vertreten sein. Deutschland wird ein Geschwader von drei Schiffen unter Prinz Heinrich nach Panama entsenden.

Die Verabschiedung des meissenburgischen Landtags. Der meissenburgische Landtag ist durch großherzogliches Skript v. r. a. b. l. e. d. e. r. worden. Nach dem Wehtritt nimmt der Großherzog die Bewilligung der ordentlichen Landeskontribution an und genehmigt die zur Deckung der Bedürfnisse der Landesverwaltung für 1914/15 von den Ständen bewilligte Erhöhung der Einkommensteuer um Einheitsätze des Steuerzettes nach § 16 des neuen Einkommensteuergesetzes und der Ergänzungsteuer nach dem Steuerartikels des Gesetzes, sowie den Voranschlag der Eisenbahnverwaltung für 1914/15 nach Maßgabe der geföhrten Verhandlungen.

Ausbildung der Fuhrenterzoffiziere. Wie das Armeeverordnungsblatt mittelt, ist angeordnet worden, daß die jüngeren Offiziere der Fuhrenterzoffiziere künftig einen sechsmontatlichen Lehrgang bei der Militärtechnischen Akademie und weiter einen dreimonatlichen Kursus bei der Fuhrenterzoffizierschule in Burghausen machen haben.

Ausland.

Wahlkennzeichnungen.

Seit der Entscheidung der Mächte in der Frage des albanischen Thrones sind die inneren Zwistigkeiten im Lande Albanien fast vollständig in den Hintergrund getreten. Mäßig wird die Wahl des Prinzen zu Weid freudig begrüßt. In Ballona, Durazzo, Skutari und anderen Städten haben viele Geföhrtsleute Plakate angebracht mit der Aufschrift: „So y lebë e König Wilhelm I.“ Sowohl in Ballona wie in Durazzo werden Vorbereitungen für die Abföhrung einer Abordnung an den Prinzen zu Weid getroffen.

Für das Verhältnis Bulgariens zu Russland ist es begehrt, daß anlässlich des Namensfestes des russischen Kaisers der übliche Gratulationsempfang auf der russischen Geföhrtschaft abgelegt war unter dem Vorwand, daß Reparaturen in den Geföhrtschaftsräumen stattfinden. König Ferdinand hatte sich bereits einige Tage zuvor auf seinen Sommerhof im Kijowgebiet, Prinz Boris nach Czuznograd begeben.

In Jitp wurden zwei jerbische Offiziere von Türken und Bulgaren getödet. Es verlautet, sie hätten türkischen Frauen nachgeholt, woraus ein Streit entstanden sei, in dessen Verlauf die Bulgaren den Türken zu Hilfe gekommen seien. Von anderer Seite wird der Vorfall als politisches Verbrechen hingestellt.

Die deutsche Militärmission in Konstantinopel wohnte dem Selamit am Freitag bei. Der Sultan ließ den Offizieren Tee servieren und überließ ihnen durch den Kriegsmittler seine freundschaftlichen Grüöe. Beim Verlassen der Wölge begrüöte der Sultan persönlich die Militärmission in lebenswürdigster Weise.

Die Unruhen in Basra.

Die Meldungen von ersten Ausföhrungen, die sich während des arabischen Kongresses in Basra zugetragen haben, bestätigen sich. Es handelt sich um Ausföhrungen gegen die türkische Herrschaft, gegen die schon seit geraumer Zeit unter den Arabern Mesopotamiens lebhaft agitiert wird. Die türkische Regierung hatte beschloffen, den neuen Basra von Bagdad, Dschamal Pascha, an der Spitze eines Detachements an Bord des Kreuzers „Rehube“ an den Persischen Golf zu entsenden, doch wurde dieser Plan infolge der Intervention des englischen Botschafters fallen gelassen. Gerüchteleute verlautet, englische Matrosen seien in Basra zum Schutz englischer Interessen gelandet.

Basra, im südlichen Mesopotamien, ist der geplante Endpunkt der deutschen Bagdadbahn, deren Endstück Basra-Persischer Golf eine internationale (deutsch-englisch-türkische) Verwaltung erhalten soll. Augenblicklich ist es die englischen Bahnteressen, die durch das englischen Landungs-korps geschützt werden sollen. Daß bei der erwähnten Agitation der Araber gegen die türkische Herrschaft die Engländer ihre Hand im Spiele haben, ist nicht unwahrscheinlich.

Judenausweisungen. Auf obrigkeitliche Verfügung werden jüdische Einwohner aus dem Lodger Vorort Balutay ausgewiesen, obwohl sie dort das Wohnrecht besitzen. Balutay ist überwiegend von Juden bewohnt. Die Maßnahme zeugt von einer systematischen Repression gegen die Juden, die kürzlich auch in Dombrows eine Massenausweisung der hebräischnen Einwohnerherkunft verfügt wurde.

Die italienische Kammer lehnte einen Antrag des Republikaners Commandini, der für die Eröhrung der Verfassung, Republikanern und Radikalen ab. Diese Abstimmung erhalt dadurch einen eigenartigen Belohnungscharakter, daß der liberale Bauhändler Graf Gentiloni seinerzeit in einem wiederholten Interview behauptete, daß sich 228 Abgeordnete durch das Verwerthen liberaler Wahlhilfe gegen die Geschöpfung schloffen haben.

Kein Verzicht auf die weltliche Herrschaft des Papstes.

Auf dem Mailänder Katholikentag hatte neulich Monsignore Rassi, Erzbischof von Urbino, erklärt, der heilige Stuhl denke nicht mehr an die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft, würde sich vielmehr zufrieden geben, wenn für seine Unabhängigkeit besondere internationale Garantien geschaffen würden. Das vatikanische Organ „Osservatore Romano“ schreibt nun in einer offiziellen Note, daß jene Mailänder Erörterungen rein akademischen Charakter gehabt hätten, und niemand den Vortrag gehabt habe, namens des heiligen Stuhles irgendwelche Erklärungen abzugeben. Niemand habe sich auch tun wollen, denn es ist durchaus nicht bewiesen, daß die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes nicht ein Gebot politischer Notwendigkeit sei.

Provinzial-Nachrichten.

Zu lebensmätlichem Zuchttaus begnadigt.

w. Herbst, 20. Dez. Der Kaiser hat die Weisheit Erbrüder Solowjewski, die im November vorigen Jahres gemeinschaftlich mit dem Handlmann Knobel den Ackerbesitzers Behrens ermordet hatten und zum Tode verurteilt worden waren, zu lebensmätlichem Zuchttaus begnadigt.

16. Deleisch, 19. Deobr. (Freitag. — Veronalnachrichten. — Judenunterföhrungen bei der Stadtausstellung. — Der Kreisrat hielt eine Sitzung ab. Der neuernannte Kreisverwaltungsrat, Monst. Glöhring wurde eingeföhrt. An Stelle des Gesundheitsrathes Thome-Hörschum, der sein Amt niederlegte, wurde Ortsarzt Rudolph Bräun am Schiedsmann gewöhlt. Amtsvorsteher Ohme-Wilmann wurde wieder und zu seinem Stellvertreter Ortsarzt Wilhelm. Reichlich neuernöhlt. Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden wurde die Vertiefung des Arztes an der Heilanstalt „Schönerland“ mit 10.000 Mark beschlossen. Die Weisheit der 4 Landwirtschafstammer-Mitglieder, Major A. v. Balle-Hörschum, Detonierter Bielefeld-Schicht, Amtsvorsteher Beside-Schabitz und Gesundheitsrathes-Röden, läuft am 31. März 1914 ab. Die Herren wurden sämtlich wiederernöhlt. Auf verschiedene Anfragen über die Einöhrung der Landrententasse berichtete der Vorsitzende der Kreis, Stadtrat Brenner-Deleisch, daß eine Einöhrung mit den Verzeihen wegen der zu hohen Überforderungen auserk nicht möglich war.

Zu Hauskuren
Salzbrunnen Kronen Quelle
Gicht, Rheumatismus, Nieren- und Blasenleiden, Gries- und Stein-Beschwerden, Zucker.
Broschüren gratis.
Überall käuflich

„Ich verstehe nicht viel von Musik, aber ich weiss, was ich gerne höre“

Das ist bei vielen von uns der Fall. Das Pech ist, dass wir uns gerade die Musik, die wir am liebsten haben, selbst nicht verschaffen können. — Wenn Sie und die Mitglieder Ihrer Familie fertige Pianisten wären, so würde jeder spielen können, was seinem Geschmack entspricht, zum Beispiel:

Der Vaters

Freischütz
Aus der Jugendzeit
„Behüt Dich Gott“
Lützows wilde Jagd
Faust-Walzer
Wiener Madeln
... und all die alten,
lieben, ewig jungen
Weisen.



Die Mütter:

Stimme von Portici
Chopin Nocturnes
„Wie berührt mich wunderbar“
Schumanns Kinderszenen
Auf Flügeln des Gesanges
... und ähnliche Sachen
von melodischem, in-
telligem Charakter.



„Marie:

Balladen von Chopin
Liszt'sche Rhapsodien
Mondscheinsonate
Prolog aus Bajazzo
Lieder von Mendelssohn
Schumann-Etuden
Beethoven-Sinfonien
Brahms Ungarische Tänze
... klassische, aber
auch die besten popu-
lären Sachen.“



Helene:

„Au printemps“
Puppenfee
Carmen
„Es blinkt der Tau“
Hänsel u. Gretel
... und alle die Stücke,
in denen eine klare,
liebliche Melodie vor-
herrscht.



Georg:

„Laise kommt die Lieb-
gegangen“
Alexanders Ragtime band
Tango
Unter'n Linden, Marsch
aus dem Filmzauber-
... und alles von
Lehr, Lincke, Fall u.
s.w., was nicht älter als
zwei Monate ist.



Willi:

„Ich hatt' einen Kamer-
raden“
„Frisch auf, Kameraden“
aufs Pferd“
Die Wacht am Rhein
„Gaudemus igitur“
Hohenfriedberger Marsch
... und alles, was
mit Schwung, Feuer,
Pauken u. Trompeten
losgeht.“



Aber Sie sind alle vollendete Musiker. Jeder einzelne von Ihnen hat die schönsten Fähigkeiten dazu — nur die Finger versagen. Die 88 unsichtbaren Finger des

„Pianola-Pianos“

gestatten Ihnen, so zu spielen, als ob Ihre zehn Finger die talentiertesten Finger der Welt wären. Sie können alle Ihre Lieblingswerke spielen und verfügen über ein Repertoire, wie es keiner der grössten Pianisten besessen hat. Alle Gelenkigkeitsübungen der Finger ersparen Sie sich, wenn Sie auf dem Pianola-Piano spielen.

Verlangen Sie Gratis-
zusendung der erklären-
den Broschüre B 9 über
Pianola-Instrumente.



Verlangen Sie Gratis-
zusendung der erklären-
den Broschüre B 9 über
Pianola-Instrumente.

Allein-Vertreter der Choralion Co.

B. Döll, Halle a. d. S.,

Piano-Magazin,

Grosse Ulrichstrasse 33/34.

Fernruf 635.